

26.02.2024

Aktuelle Stunde

auf Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion der FDP

Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen vor dem Absturz – jetzt Impulse für Wachstum und Wohlstand setzen statt Entlastungen zu blockieren!

Im Zentrum der Medienberichterstattung steht aktuell die schlechte wirtschaftliche Lage und die breite öffentliche Debatte, wie dieser politisch zu begegnen ist.¹ Anlass dafür gibt die Vorstellung des Jahreswirtschaftsberichts der Bundesregierung. Die deutsche Wirtschaft wird im Jahr 2024 laut der neuen Prognose, die Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck vorgestellt hat, nur noch um 0,2 Prozent wachsen. Auch im Jahr 2025 soll es nur ein Plus von einem Prozent Wachstum geben. Noch bedenklicher ist, dass mittelfristig das jährliche Wachstumspotential laut Bundesregierung nur bei 0,5 Prozent liegt.²

In Nordrhein-Westfalen entwickelte sich die Wirtschaftsleistung zuletzt noch schlechter als der Bundesdurchschnitt. Im Jahr 2023 sank die Wirtschaftsleistung in Nordrhein-Westfalen um 1,3 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr, während die Wirtschaft im Bundesdurchschnitt nur um 0,3 Prozentpunkte schrumpfte.

Nordrhein-Westfalen befindet sich das zweite Jahr in Folge in einer Rezession. Zu der wirtschaftlichen Lage des Landes berichtet Ministerin Mona Neubaur gemeinsam mit dem RWI-Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung und der Industrie- und Handelskammer NRW an diesem Montag, den 26. Februar 2024 in einer Pressekonferenz.³

Es ist unumstritten, dass die Wirtschaft schnellstmöglich auf einen Wachstumspfad zurückfinden muss, um die Wettbewerbsfähigkeit, die Standortattraktivität und die Arbeitsplatzsicherheit in Deutschland langfristig zu verbessern. Dies gilt insbesondere für die nordrhein-westfälische Wirtschaft mit einem hohen Anteil energieintensiver Industrie, die durch die Energiekrise nachhaltig belastet ist und die anstehende Transformation andernfalls nicht bewältigen kann. Eine gesunde Wirtschaft, die wachsen und sich künftigen

¹ Siehe u.a. WAZ, 22.02.2024: Neuer Impuls nötig. Die Politik ist für deutsche Wirtschaft keine Hilfe, NRZ Düsseldorf, 22.02.2024: „Strukturelle Probleme lösen.“, Kölner Stadt Anzeiger, 22.02.2024: „Trübe Aussichten für die Deutsche Wirtschaft.“, FAZ, 22.02.2024: „Wie lässt sich die Wirtschaft wieder ankurbeln?“, SZ, 22.02.2024: „Düstere Diagnose, kein Rezept“.

² BMWK Jahreswirtschaftsbericht 2024, siehe: <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2024/02/20240221-jahreswirtschaftsbericht-2024.html>

³Ankündigung MWIKE, siehe: <https://www.wirtschaft.nrw/pressekonferenz-mit-wirtschaftsministerin-mona-neubaur-prof-dr-torsten-schmidt-rwi-und-ralf-1>

Herausforderungen anpassen kann, sichert und schafft Arbeitsplätze und Lebenschancen und ermöglicht ein leistungsfähiges Gemeinwesen, das seine öffentlichen Aufgaben erfüllen kann.

Mit dem Wachstumschancengesetz hat die Bundesregierung ein Entlastungspaket für die Gesamtwirtschaft mit einer Entlastungswirkung von rund sieben Milliarden Euro verabschiedet. Die Zustimmung der Bundesländer im Bundesrat ist für die endgültige Verabschiedung des Gesetzes erforderlich.

Die Bundesländer und auch Nordrhein-Westfalen verweigern dem Gesetz mit Hinweis auf zu große finanzielle Belastungen für die Länder und Kommunen mehrheitlich ihre Zustimmung. Trotz eines verhandelten Kompromisses im Vermittlungsausschuss, der eine Reduzierung der Belastung der öffentlichen Haushalte auf drei Milliarden Euro vorsieht, lehnen die Bundesländer mit Regierungsbeteiligung von CDU und CSU das Wachstumschancengesetz des Bundes weiter ab. Obwohl zwischenzeitlich die Belastungswirkung für die öffentlichen Haushalte von sieben auf drei Milliarden gekürzt wurde. Es ist nicht absehbar, dass die Bundesländer unter Führung von CDU oder CSU bei der Abstimmung am 22. März 2024 im Bundesrat für das Gesetz abstimmen werden. Das Gesetz droht zu scheitern.

Die Landesregierung stellt sich damit weiter einer nachhaltigen Entlastung der Unternehmen und Betriebe und damit der Standort- und Arbeitsplatzsicherung in Nordrhein-Westfalen in den Weg. Ministerpräsident Hendrik Wüst rechtfertigt in einem Interview mit dem Handelsblatt am 23. Februar 2024 die Ablehnung lediglich mit der unerfüllten Forderung der Unionsländer die Subventionen für Agrardiesel wieder einzuführen.⁴

Kritik dagegen wird aus dem eigenen Kabinett geübt. So moniert Wirtschaftsministerin Mona Neubaur laut einem Artikel der Rheinischen Post vom 22. Februar 2024 die Verweigerungshaltung des eigenen Ministerpräsidenten. „Das Ergebnis des Vermittlungsausschusses zum Wachstumschancengesetz ist keine gute Nachricht für den Wirtschaftsstandort Deutschland und unsere Unternehmen in Nordrhein-Westfalen. Angesichts der schwierigen ökonomischen Gesamtlage ist die erneute Drohung mit der Blockade nicht zu verantworten“, führte die Ministerin aus. „Das Thema Agrardiesel hat mit dem Wachstumschancengesetz sachlich nichts zu tun und gehört schon allein aus formalen Gründen nicht in dieses Vermittlungsverfahren.“⁵

Es besteht akuter Erklärungsbedarf, wieso die Union und auch Ministerpräsident Hendrik Wüst weiterhin parteitaktische Profilierung auf dem Rücken der deutschen Wirtschaft und gegen den Willen des grünen Koalitionspartners auf Landesebene betreibt. Entlastungen für die nordrhein-westfälische Wirtschaft sind dringend geboten. Bisher hat die Landesregierung nachweislich weder eine einzige Maßnahme für den Abbau von bürokratischen Lasten für die Wirtschaft umgesetzt noch Planungs- und Genehmigungsverfahren auf Landesebene beschleunigt. Die Bedeutung der Debatte für Nordrhein-Westfalen zeigt sich auch in der Reaktion zahlreicher Wirtschaftsverbände, die in einem gemeinsamen Brandbrief an die Ministerpräsidenten diese auffordern, „die Blockade des Wachstumschancengesetzes sofort aufzugeben. Denn es stehe „nichts weniger auf dem Spiel als die Rettung des deutschen Mittelstands.“⁶

⁴ Handelsblatt, 23.02.2024, siehe: <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/interview-wuest-an-habeck-und-lindner-freunde-was-kommt-denn-jetzt-von-euch/100016588.html>

⁵ RP-Online vom 22.02.2024, siehe: https://rp-online.de/politik/deutschland/wachstumschancengesetz-massive-kritik-an-blockade-der-union_aid-107556931

⁶vgl. tagesschau.de, siehe <https://www.tagesschau.de/inland/brandbrief-mittelstand-ministerpraesidenten-100.html>

Aufgrund der besorgniserregenden Wachstumsprognosen, mangelnder Initiativen der Landesregierung und der anhaltenden Blockade des Wachstumschancengesetzes der Landesregierung auf Bundesebene muss der Landtag im Rahmen einer Aktuellen Stunde über die mangelhaften Wachstumsperspektiven der nordrhein-westfälischen Wirtschaft sowie die Haltung und Maßnahmen der Landesregierung für Entlastungen der Wirtschaft debattieren.

Jochen Ott
Ina Blumenthal
Alexander Vogt
André Stinka

Henning Höne
Marcel Hafke
Dietmar Brockes

und Fraktion

und Fraktion